

Eine neue Verfassung für Indien? Zur politischen Dimension der gegenwärtigen Diskussion in Indien um eine Revision der Verfassung

Schied, Michael

Veröffentlichungsversion / Published Version
Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
GIGA German Institute of Global and Area Studies

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Schied, M. (2001). Eine neue Verfassung für Indien? Zur politischen Dimension der gegenwärtigen Diskussion in Indien um eine Revision der Verfassung. *Indien - Politik, Wirtschaft, Gesellschaft*, 37-58. <https://doi.org/10.11588/ijb.2001.0.1246>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

gesis
Leibniz-Institut
für Sozialwissenschaften

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Mitglied der

Leibniz-Gemeinschaft

Eine neue Verfassung für Indien? Zur politischen Dimension der gegenwärtigen Diskussion in Indien um eine Revision der Verfassung

von
Michael Schied

1 Einleitung

Am 22. Februar 2000 veröffentlichte die Regierung Indiens eine Mitteilung über die Schaffung einer Kommission, die „die Verfassung Indiens im Lichte der mehr als 50 Jahre ihres Bestehens einer Revision unterziehen“¹ soll. Die Einsetzung der Kommission kam, obwohl im Wahlmanifest der regierenden National Democratic Alliance angekündigt, nur vier Monate nach den Wahlen des Unterhauses überraschend. Dieser Schritt warf vor allem deswegen Fragen auf, weil der gesellschaftliche Konsens zu der Zeit am geringsten war. Damit schien die Arbeit der Kommission im Wesentlichen politisch motiviert zu sein. Dieser Beitrag soll in diesem Zusammenhang die Politik der neuen Regierung unter Führung der Bharatiya Janata Party (BJP) beleuchten und die Dimension des Wirkens der Kommission charakterisieren.

¹Terms Of Reference, No. A-45012(2)/98-Admn.III(LA) dated 22.2.2000 (resolution), in: ncrwc.nic.in.

2 Das politische Umfeld im Jahr 2000

Die Kongresspartei war die dominierende politische Kraft Indiens seit seiner Unabhängigkeit im Jahre 1947. Sie war hauptsächlich an der Ausgestaltung der politischen Konzepte und Doktrin des indischen Staates von „Demokratie – Säkularismus – gemischter Wirtschaft und Nichtpaktgebundenheit“ beteiligt. Der Großteil des Staatsapparates war durch sie geprägt und beeinflusst, so dass die Kongresspartei mehr als 40 Jahre schlechthin als die staatstragende Partei Indiens galt.²

Die allgemeinen Wahlen zum Unterhaus im März 1998 veränderten dieses machtpolitische Gewicht und etablierten auf der zentral regierten Ebene eine neue Balance. Diejenige politische Strömung, die seit dem Ende der 60er Jahre die Beseitigung der Kongresspartei als der dominierenden politischen Kraft im politischen System und in der Struktur des Staates betrieben hatte, hatte sich nun durchsetzen und die Partei verdrängen können. Die Kongresspartei war nun auf absehbare Zeit von der politischen Einflussnahme ausgeschlossen.

Bereits 1967 hatte das Zusammenwirken der unterschiedlichsten politischen Strömungen gegen die Kongresspartei Erfolg. In verschiedenen Unionsstaaten wurden Regierungen gebildet, die ohne die Beteiligung der Kongresspartei getragen wurden.³ 1977 konnte sogar die erste Regierung dieser Art auf der Unionsebene eingesetzt werden. Doch sie hielt nur zwei Jahre. Dafür zeichneten vor allem zwei Faktoren verantwortlich. Erstens war das politische Kräfteverhältnis innerhalb der Regierung noch zu unausgewogen, was ihre Komponenten aufgrund ihrer divergierenden politischen Konzepte eher wieder auseinandertrieb. Und zweitens war die Machtbasis der Kongresspartei intakt geblieben und durch den Wahlverlust im Eigentlichen nicht beschädigt. Demgemäß konnte sie sich zu den Wahlen des Jahres 1980 schnell wieder erheben und die Regierung erneut tragen.

Im Laufe der 80er Jahre änderte sich dieses Bild jedoch allmählich grundlegend. Die allgemeinen Unterhauswahlen im Jahre 1989 zeigten eine Wende in der indischen Politik an. Sie etablierten letztlich die Tatsache, dass das politische Systems Indiens auf der Suche nach neuen politischen Konzepten war. Die politische Alternative, die fähig gewesen wäre, diesen Wandel zu tragen, hatte sich jedoch noch nicht durchgesetzt. Die Kongresspartei konnte die politische Szenerie direkt oder indirekt weiter beeinflussen. Im Lager der Opposition herrschte darüber hinaus weiterhin Unklarheit, welchen konkreten politischen Maßnahmen nun Priorität einzuräumen sei. Politische Erfolge verzeichnete nur eine von ihnen, die BJP. Sie konnte mit der Kampagne um die Errichtung eines Rama-Tempels in Ayodhya die Initiative an sich ziehen.

²Siehe hierzu: Kothari, R., „The Congress 'System' in India“, in: *Asian Survey*, Berkeley, 4(1964)12, S. 1161-1173.

³Siehe zur theoretischen Begründung dieser Zusammenarbeit: Lohia, R., „A Dictionary of Non-Congressism“, in: *Mankind*, Hyderabad, XIV(January 1970)1, S.43-57.

Die gewaltsame Zerstörung der Babri-Moschee im Jahre 1992 schuf schließlich die Grundlage zur Verschiebung des machtpolitischen Verhältnisses für die nächsten Jahre zu ihren Gunsten.⁴

Die Wahlen von 1996 konnten die Kongresspartei zunächst von der direkten Machtausübung verdrängen.⁵ Doch erst zwei Jahre später verschob sich die Balance eindeutig zur BJP. Bei den Wahlen des Jahres 1998 schloss sie als erste einzelne Partei in der Geschichte des unabhängigen Indiens zur Kongresspartei auf. Beide Parteien errangen annähernd denselben Anteil von etwa 25% der Stimmen. In der Verteilung der Sitze im Unterhaus überflügelte die BJP mit 182 Sitzen die Kongresspartei sogar um 40 Sitze. Dies machte sie somit zur stärksten nationalen Partei. Die BJP war erstmalig in die Lage versetzt worden, den politischen Kurs des Landes zu bestimmen. Verschiedene auf regionaler Ebene wirkende Parteien verhalfen der neuen Regierung letztlich zur notwendigen Basis, als sie am 29. März 1998 mit einer Mehrheit von 13 Stimmen für das Programm der Regierung im Unterhaus stimmten.

Die regionalen Koalitionspartner befanden sich in dieser Regierung in einer starken Position, da auch die Kongresspartei gleichmäßig präsent war. Dieses Kräfteverhältnis führte die Machtausübung auf zentraler Ebene in eine Pattsituation. Innerhalb eines Jahres wurden daher erneut Wahlen notwendig. Diese brachten letztlich stabilere Verhältnisse hervor, da der Kongress wiederum 30 Sitze verloren hatte.⁶ Damit war die Gegenkraft zur Regierung weiter geschwächt.

3 Ideologie und Programmatik der Bharatiya Jana Sangh/Bharatiya Janata Party

Die BJP und ihr Vorgänger, der Bharatiya Jana Sangh (BJS), haben einen besonderen Platz im politischen System Indiens. Sie vertraten diejenige politische Strömung in Indien, die im Allgemeinen unter dem Begriff des „Hinduna-

⁴Über die Bedeutung der Ayodhya-Thematik siehe: Schied, M., „Fundamentalismus ohne Fundamente? Zur Entwicklung des Hindu-Fundamentalismus: Der Fall der Babri Moschee von Ayodhya“, in: *asien, afrika, lateinamerika*, Berlin, 21(1994)6, S.603-614; Schied, M., „Ayodhya als die zentrale Machtkonfrontation in der indischen Staatskrise: 1992-96“, in: Hexamer, Eva-Maria/Oesterheld, Joachim (Hrsg.), *Innere Konflikte in Indien und Pakistan und die ideologische Dimension der Konfliktlage in Südasien*, Forschungsbericht III zum DFG-Projekt We 1525, Berlin: Humboldt-Universität, 1998, S.323-354.

⁵Positionen der Parteien 1996 (537 Sitze): Congress (+Alliierte) 139; United Front: 179; BJP (+ Alliierte) 194, davon Shiv Sena 15, Samata Party 8, Haryana Vikas 3, Shiromani Akali Dal 8.

⁶Vergleiche hierzu die Positionen der Parteien jeweils nach den Wahlen 1998 und 1999. 1998: BJP und Partner: 277 (davon BJP: 182), Kongress und Alliierte: 168 (Kongress: 141), United Front: 83, andere: 15, in: *The Times of India*, New Delhi, CLXI(1998-6-9)=135, S.8; 1999: NDA: 307 (davon BJP: 183, TDP: 29, JD-U:-22, DMK: 12), Kongress: 114, CPM: 33, Samajwadi: 26, BSP: 14, AIADMK, 10, in: alfa.nic.in/lok13/13lsparty.htm.

tionalismus“ zusammengefasst wurden. Der BJS hatte ihre organisatorische und ideologische Grundlage somit in der militanten Freiwilligenorganisation des Rashtriya Svayamsevak Sangh (RSS) und in der Partei der All-India Hindu Mahasabha (AIHMS). Die Gründung einer neuen Interessenvertreterin des politischen Hinduismus in den 50er Jahren war jedoch notwendig geworden, da zur Zeit des Erlangens der Unabhängigkeit die nach Hindus und Muslimen getrennten Wahlkreise, die von der britischen Kolonialmacht eingeführt worden waren, abgeschafft wurden. Darüber hinaus stellte die Ermordung Mahatma Gandhis im Januar 1948 beide Organisationen vor neue Tatsachen. Sein Mörder stammte aus ihren politischen Reihen. Der RSS und die AIHMS wurden folglich verboten. Der RSS dachte daher über eine Neustrukturierung seiner Basis nach, um zukünftig ein Verbot der Organisation verhindern zu können. Das Ergebnis dieses Prozesses war die Gründung des BJS am 21. Oktober 1951, als Teile der AIHMS unter ihrem ehemaligen Vorsitzenden, S.P. Mookerjee, und die Kader des RSS miteinander verschmolzen, ohne jedoch ihre eigene Identität aufzugeben.

Zunächst schien es, dass über die eigentlichen Ziele der Partei keine Klarheit herrschte. Der BJS präsentierte sich als eine Art liberale Partei. S.P. Mookerjee sagte während ihrer Gründung, dass es Aufgabe sei, als „eine gesunde Kontrolle gegenüber der Mehrheitspartei zu fungieren, und dem Land dadurch eine alternative Regierung in Aussicht zu stellen, [...] indem so viele Teile des Volkes wie möglich, die gegen die gegenwärtige Kongressherrschaft sind, zusammengefasst werden“.⁷ Der eigentliche Zusammenhalt der Partei erfolgte dann jedoch über ideologische Werte. Sie offenbarten schließlich, dass der BJS nichts mit dem Liberalismus gemein hatte.

Der ideologische Inhalt der neuen Partei wurde zunächst durch ein starkes Bewusstsein für die Vergangenheit begründet. Diese Vergangenheit war für sie das Hauptelement bei der Schaffung ihrer Gemeinschaft bzw. ihr eigentlicher Daseinsgrund. Die Vorstellung, die sie von dieser Vergangenheit hatte, diente der Partei als Quelle der „Inspiration“. Sie wurde auch der Grund dafür, dass die Partei im Zeitraum ihres Daseins die „Betonung auf die Wiederbelebung der Vergangenheit legte“.⁸ Deshalb war zum Beispiel für die Führer des Jana Sangh die indische Nation schon seit Jahrhunderten existent. Die Partei sah sich so als legitimen Nachfolger „eines Stroms der Bharatiya- [ur]indischen –

⁷Mookerjee, S.P., History Made in New Delhi, Akhil Bharatiya Sangh Born, Speech of S.P. Mookerjee On Party Convention in New Delhi On October 21, 1951, in: *Organiser*, New Delhi, V(1951)11, S.8-10; Mookerjee, S.P., „New Hope To Common Man. Away With This Mis-Rule. Dr. Mukherji Inaugurates People's Party“, in: *Organiser*, New Delhi, IV(1951)46, S.8-9.

⁸Siehe hierzu L.K. Advani, den langjährigen Präsidenten der BJP: „Die Betonung der Wiederbelebung der Vergangenheit in meiner Partei erfolgt nur aus dem Grund, um durch sie eine Inspiration zu bekommen und weiter nach vorn zu blicken.“ „BJP's Philosophy can stand up against both Islam and Communism-Advani“, in: *Muslim India*, New Delhi, IV(July 1986)43, S.297.

M.S.] Kultur, der seit den Vedas in einer ungebrochenen Kontinuität fließt,⁹ an. Bereits hierbei ergaben sich grundlegende Differenzen zur herrschenden Auffassung der Zeit. Die tragende Mehrheit der Führer der indischen Unabhängigkeitsbewegung betrachtete die indische Nation als ein noch zu realisierendes Vorhaben. Der BJS schloss eine solche Sichtweise aus. Des weiteren betonte sie, dass Indien schlechthin „eins und unteilbar“ sei, was „jedes Gerede von einer zusammengesetzten Kultur“¹⁰ verbiete. Sie bezichtigte daher auch die herrschende Politik, „Bharat [Indien – M.S.] zu einer Kopie des Westens machen [zu wollen und] das Beste im ‚Bharatiya‘-Leben und dessen Ideale zu ignorieren und zu vernachlässigen“.¹¹ Eine grundlegend negativistische Betrachtungsweise lähmte die Partei aber lange Jahre bei der Formulierung konkreter politischer Maßnahmen. So hatte sich S.P. Mookerjee bei seiner Rede auf der Gründungskonferenz auf Attacken gegen Muslime im Allgemeinen und Pakistan im Besonderen beschränkt.¹²

In den folgenden Jahren besetzten nun allmählich die Funktionäre der RSS die führenden Gremien der Partei und stärkten damit einerseits den notwendigen organisatorischen Rahmen der Partei. Andererseits entwickelte sich der Jana Sangh im Wandel der politischen Verhältnisse auch programmatisch weiter. Die Zeit der Mitte der 60er Jahre stellte sich hierbei als bedeutsam heraus. Vor dem Hintergrund wachsender Krisenerscheinungen in der Gesellschaft¹³ bot die Partei eine neue Ideologie. Der damalige Parteipräsident Deendayal Upadhyaya (1916-1968) stellte diese in vier Vorlesungen im Jahre 1965 als „integralen Humanismus“ vor. Ihr Hauptmerkmal war es, dass sie weniger mit „Hindu“-Begriffen operierte oder auf die Vergangenheit orientiert war. Sie war im Gegensatz dazu nun offener und flexibler. Sie konnte neue Ideen aufnehmen und entwickeln und sprach somit mehr Schichten der Gesellschaft an.

Gemäß Upadhyayas Vorstellung ermangelte es Indien jeglicher Führung und Richtung in seiner Entwicklung. Dies jedoch führte die Gesellschaft in einen konfliktiven und chaotischen Zustand. Die nationale Einheit Indiens sei daher bedroht. Darum forderte er seine Zuhörerschaft auf, ihre „eigene Kul-

⁹Bharatiya Jana Sangh, *Party Documents, 1951-1972*, Vol.1, Delhi: Bharatiya Jana Sangh, 1973, S.48.

¹⁰Bharatiya Jana Sangh, a.a.O. (Fußnote 9).

¹¹Bharatiya Jana Sangh, a.a.O., (Fußnote 9), S.47.

¹²Im Falle Pakistans wollte Mookerjee „eine Politik der strikten Reziprozität“ anwenden. Muslime warnte er, „ihre Interessen als identisch mit denen der Mehrheit, der Hindus, zu betrachten“. Mookerjee, S.P., a.a.O. (Fußnote 7).

¹³Die Partei bezeichneten sie als eine Realität der „unerfüllten Hoffnungen, [...] der Korruption und Missverwaltung, Ungleichheit und Ungerechtigkeit, Mangel und Unsicherheit“, in: „Principle and Policies“ angenommen in Vijayawada, 1965, In: Bharatiya Jana Sangh, a.a.O. (Fußnote 9), S.3.

tur“¹⁴ in Betracht zu ziehen. Gemäß seiner Interpretation sah diese nämlich das „Leben als ein integriertes Ganze“ an. Die BJP entwickelte diese Idee später weiter und erklärte, dass diese „ungebrochene Gesamtheit“ bzw. „organische Einheit“ bewirken würde, dass „„Gesamtheit‘und ‚Teil‘ in keinem gegenseitigen Konflikt zueinander stehen, sondern dass sich das gesellschaftliche System in einem Stadium der dynamischen Balance befindet“.¹⁵ Gesellschaft und die Welt seien so als auf „Zusammenarbeit bedacht“¹⁶ vorzustellen. Individuum, Familie, Gemeinschaft, Gesellschaft, Nation, Menschheit, Universum und Allmächtiger stünden in einer „sich immer weiter ausdehnenden Spirale“¹⁷ des ständigen Zustands des Ausgleichs und der Harmonie zueinander. In diesem Zusammenhang war bereits von Upadhyaya eine Interpretation des Dharma-Begriffs in die Diskussion eingebracht worden. Das Festhalten am „indischen“ Konzept des Dharma und an seinem ewigen Prinzip werde diese Balance und Stabilität in der Gesellschaft hervorbringen. Es hatte die oberste Autorität und absolute Souveränität. Es werde daher „nur das Dharma sein, das entschied (was gut für die Menschen sei)“ und nicht der Mensch selbst. Hier genau lag der Unterschied zwischen Upadhyaya und Gandhi. Nichtsdestotrotz ließ die BJP nichts unversucht, auch das Erbe Gandhis für sich zu reklamieren. Die Ideologie von Upadhyaya aber versagte dem Menschen die Möglichkeit, die Wahrheit schöpferisch zu ergründen, denn bei ihr erhielt der Mensch nur „das Recht, gemäß dem Dharma zu handeln“.¹⁸ Das Dharma war quasi als ein eigenständiger Körper vorzustellen, der den Menschen an sich band. Die Wirkung dieser Ideologie war es somit, dass sie Kräften verschiedensten Ursprungs eine gemeinsame Mitte und eine Erfahrung von politischer Einheit Indiens lieferte, die jedoch nicht gegenwärtig war.

Die Existenz der BJS/BJP war somit an das Vorhandensein einer Krise in der Gesellschaft gebunden. Langfristig gesehen wurde damit aber die Lösung dieser Krise durch die Partei unmöglich, da ihr weiteres Wachstum von ihr auch abhängig war.

Die konkrete Interpretation der Ideologie des BJS wurde auf nationaler Ebene erstmalig Mitte der 70er Jahre zum Erfolg gebracht. Der Kongress unter Indira Gandhi hatte 1975 die Notstandsgesetzgebung in Kraft gesetzt und somit den verschiedenen oppositionellen Kräften die entscheidende Grundlage für eine Zusammenarbeit gegeben. Die Wahlen von 1977 erlebten folglich den

¹⁴Upadhyaya, D., „Integral Humanism“, in: Upadhyaya, D. u.a., *The Integral Approach*, New Delhi: Deendayal Research Institute, 1979, S.17 und 18.

¹⁵BJP, Working Group Report, Presented to National Executive, Bhopal, July 20, 1985, New Delhi: BJP Publication, S.18.

¹⁶Nene, V.V., „Integral Humanism“, in: Thengadi, D.B. u.a., *Pandit Deendayal Upadhyaya, Ideology and Perception*, Part II, New Delhi: Suruchi Prakashan, 1988, S.11.

¹⁷Thengadi, D.B., „Integral Humanism – A Study“, in: Upadhyaya, D. u.a., a.a.O. (Fußnote 14), S.110.

¹⁸Upadhyaya, D., „Harmony Between The Individual And The Collectivity“, in: Upadhyaya, D. u.a., a.a.O. (Fußnote 14), S.56.

BJS im Bündnis mit anderen Parteien innerhalb der Janata Party. Die Janata Party siegte und stellte mit Moraji Desai den neuen Premierminister des Landes. Doch in dem Maße, wie die weiter entwickelte Ideologie des BJS ein solches Bündnis ermöglichte, schränkte sie dies auch wiederum ein. Die Janata Party scheiterte bereits innerhalb von zwei Jahren an der Frage der „doppelten Mitgliedschaft“. Damit sollten Mitglieder des RSS, die das BJS-Segment in der Janata Party ausmachten, aus dem Bündnis ausgeschlossen werden. Der BJS verließ daraufhin die Partei und wurde unter dem Namen Bharatiya Janata Party (BJP) neu gegründet. Sie sollte nun die oppositionelle Kraft begründen, wobei der RSS ihre treibende Kraft wurde. Der heutige Innenminister Indiens und langjährige Präsident der BJP, L.K. Advani, interpretierte diesen Sachverhalt einst dahingehend, dass sich durch die Ereignisse um die „doppelte Mitgliedschaft“ auch „eine engere Zusammenarbeit zwischen dem RSS und der BJP ergab. Im Falle der BJS war die Verbindung nur ideologisch. Im Falle der BJP war sie sowohl ideologisch als auch historisch.“¹⁹

Die Politik und die politischen Maßnahmen der BJS/BJP hatten ihren Ursprung in der ideologischen Begründung der Parteien. Beide sollen daher im Rahmen dieser Betrachtung zusammenhängend behandelt werden. Grundlegend stand die Partei all jenen politischen Ansichten und Maßnahmen ablehnend gegenüber, die ihrer Vorstellung der organischen Einheit von „Bharat“ (Indien) nicht entsprachen. Als Hauptfrage für ihre Politik sah sie daher die Bekämpfung von politischen Maßnahmen und Bewegungen, die ihrer Ansicht nach die Einheit des Staates bedrohen oder in Frage stellen. Sie sprach sich daher für die „Eindämmung [...] aller separatistischen Forderungen aus, die besondere Privilegien und Schutz im Hinblick auf Provinz, Religion, Kaste oder Sprache beanspruchten“.²⁰ Im Grunde sah sie damit langfristig gesehen auch eine Stärkung der unitären Elemente in der Struktur des Staates vor.

Die im Unionsstaat von Jammu und Kaschmir (J&K) bestehende Situation wurde in diesem Zusammenhang von der Partei als Erstes thematisiert. Diese Frage dominierte das Programm der Partei nicht nur in den ersten Jahren ihrer Existenz, sondern blieb für sie eine der bedeutendsten Fragen. An dieser Stelle soll jedoch hervorgehoben werden, dass der BJS beinahe seine Gründung mit der Situation in J&K in Verbindung gebracht hatte. Der Status des ehemaligen Fürstenstaates innerhalb der Verfassung der Indischen Union wurde zu einer ersten propagandistischen Angelegenheit für die Partei. Ihr Präsident, S.P. Mookerjee, ging erstmalig im Jahre 1953 mit der Staatsautorität in Konfrontation, als er dazu die Situation in J&K zum Anlass nahm. Er führte einen Agitationszug an, der ihn bis zur Hauptstadt des Staates Srinagar

¹⁹Advani, L.K., „BJP is good only because of its association with the Sangha“, Speech at RSS weekly gathering at Coimbatore on March 18, 1990, in: *Organiser*, New Delhi, XLI(1990-5-13)41, S.9.

²⁰Bharatiya Jana Sangh, a.a.O. (Fußnote 9), S.151.

führen sollte. Doch bereits an der Grenze zum Punjab wurde er von der Polizei von J&K verhaftet. Während seiner Haft, am 23. Juni, starb er. Nach den Worten seiner Parteikollegen war dies „mysteriös“. Die Partei ließ daher nichts unversucht, um politisches Kapital aus seinem Tod zu schlagen. Demgemäß habe S. P. Mookerjee sein Leben dafür geopfert, „das Land vor einer weiteren Zersplitterung zu retten“.²¹ Die spätere BJP war bei der Interpretation dieser Ereignisse keinen Deut anders. Sie hob die Rolle von S.P. Mookerjee und seinen natürlichen Tod hervor. Eine Publikation der Partei bezeichnete S.P. Mookerjee als „ersten Märtyrer für die Sache der Einheit und Integrität Indiens“.²² Auch Premierminister A.B. Vajpayee zog es vor, sich an die Zeit mit ihm zu erinnern. Demnach „[klangen ihm die Worte Mookerjees] noch in den Ohren und [spornten ihn] in solchen Momenten an, wenn Verzweiflung und Müdigkeit [ihn] zu überwältigen [versuchten]“.²³ Bei der Allgemeinheit Indiens und der Welt spielte im Gegensatz dazu S.P. Mookerjee keine Rolle. Im Hinblick auf die ersten Jahre der Unabhängigkeit dominierte das Gedenken an Mahatma Gandhi, sein Fasten und seine schließliche Ermordung.

Im Hinblick auf Jammu und Kaschmir war die BJS/BJP stets für die Abschaffung des Artikels 370 der Verfassung. Er sollte dem Unionsstaat innerhalb der staatlichen Ordnung Indiens eine Sonderstellung einräumen. Die Partei betrachtete dies als eine Einladung zum Separatismus. Dementsprechend legte die Partei im Laufe der Geschichte einen weiteren Schwerpunkt auf die Situation im Nordosten Indiens und im Punjab. Die Frage der Zivilgesetzgebung wurde für sie zu einem weiteren bedeutsamen Problem. Die BJS/BJP sprach sich für die Verabschiedung eines einheitlichen Zivilgesetzes aus, da für sie mit der Beibehaltung der getrennten Zivilgesetze für Hindus und Muslime die zweite Teilung des Landes immanent war. Die Partei betrachtete insbesondere diese Frage stets dafür geeignet, die Kongresspartei für deren Politik zu kritisieren. Die BJS/BJP verneinte hierbei formal das Konzept des Säkularismus nicht, sondern sie versuchte, es mit neuem Inhalt zu versehen. Der Kongress und andere Parteien hätten, so gemäß ihrer Interpretation, einen „Pseudosäkularismus“ betrieben. Die BJS/BJP müsse diesen nun durch die Idee des „positiven Säkularismus“ ersetzen. Für die BJP war der „Pseudosäkularismus“ dadurch gekennzeichnet, dass er Muslime nur als Stimmvolk in Zeiten von Wahlen ansehe, und dass dabei stets den „kommunalistischen Forderungen“ der Muslime und ihrer Führer nachgegeben würde. Diese Art des Säkularismus sei daher „nur eine Verhüllung der Beschwichtigungspolitik gegenüber den Muslimen“.²⁴ Sie zeuge von Hilflosigkeit und habe

²¹Bharatiya Jana Sangh, a.a.O. (Fußnote 9), Vol.4, S.34.

²²„Kashmir Problems (1952-1992), unresolved-unattended. Dr. Syma Prasad Mookerjee's Crusade“, in: *The Burning Kashmir*, hrsg. von K.L. Sharma, New Delhi 1992, S.24.

²³Vajpayee, A.B., „The BJP's onward march“, in: *Frontline*, Madras, 14(Aug. 9-22, 1997)16 (in: www.the-hindu.com/line1416/14160220.htm).

²⁴Bharatiya Jana Sangh, a.a.O. (Fußnote 9), S.49.

jene Forderungen nicht eingedämmt, sondern weiter ermuntert. Das Thema Zivilgesetzgebung wurde durch die Partei schließlich zum größten Teil dazu benutzt, ihre gesamte politische Sichtweise und ihre Kritik am politischen Systems Indiens in der Öffentlichkeit darzustellen.

Zum Ende der 80er Jahre spielte dieser Problemkomplex auch die entscheidende Rolle dabei, als sich die BJP für die Verabschiedung einer Resolution zum Bau eines Rama-Tempels in Ayodhya am Ort der Babri-Moschee aussprach. Nun bestimmte diese Frage die Agitation der Partei in den nächsten Jahren. Gott Rama und seine angebliche Geburtsstätte boten das Sammelbecken für eine neue vereinheitlichende Sicht auf Indien, die Gott Rama zum Nationalhelden machen sollte. Darüber hinaus hatte das Ayodhya-Thema zwei weitere Funktionen. Es hielt zum einen die Balance innerhalb der Partei und deren politischem Umfeld, und es zeigte zum anderen das Kräfteverhältnis gegenüber den anderen politischen Kontrahenten an. Die Kampagne um Ayodhya hatte schließlich eine solche Intensität erreicht, dass die politischen Entwicklungen um diesen Ort direkt mit einem Erfolg des Gesamtprogramms der Partei verbunden wurden. Der langjährige Präsident der Partei, L.K. Advani, bezeichnete sie folglich als eine Frage, die „in unserem prinzipiellen Verständnis des kulturellen Nationalismus, bei dem Shri Ram eine inspirierende Quelle und [ein inspirierendes] Symbol darstellt, wurzelt“.²⁵ Die Kampagne um den Bau eines Tempels in Ayodhya befähigte nun die Partei dazu, ihr Programm auf eine massenpolitische Basis zu heben. Die elitären Konzepte der Gründungsjahre, wo u.a. der Schutz der Kuh (bzw. das Verbot ihrer Schlachtung), propagiert worden war, waren dazu nicht in der Lage gewesen. Der Schutz der Kuh, obwohl er weiterhin eine Hauptforderung der Partei geblieben war, war somit ein wenig in den Hintergrund getreten.

Ihre Sichtweise auf Indien und seine Politik, wo es das unitäre *dharmische* Prinzip zu erhalten und zu schützen galt, fanden einen Ausdruck in der Politik der inneren Sicherheit der Partei. Die Partei betrachtete die Stärkung der Stellung der Sicherheitskräfte des Landes als grundlegende Bedingung. Diese traditionelle Definition von Sicherheit führte dazu, dass sich die BJS/BJP schlechthin als die Partei „von Ruhe und Ordnung“ ansah. Zur Lösung von entstandenen Konflikten zwischen Staat und politischen Gruppierungen plädierte sie daher auch dafür, den Sicherheitskräften „freie Hand zu lassen, um die Lage in den Griff zu bekommen“.²⁶ Dabei traten humanitäre Erwägungen zurück.

Die regulative Dimension dieser Interpretation der Realität fand auch einen Niederschlag in der Privatsphäre des Menschen und begründete die besondere Kulturpolitik der Partei. Eindeutig sprach sie sich für die Hebung

²⁵ „BJP's President's Press Statement in Patna, April 21, 1996“, in: *BJP Today*, New Delhi, 5(1996)10-11, S.17.

²⁶ Bharatiya Jana Sangh, a.a.O. (Fußnote 9), Vol.IV, S.186.

der Rolle der Familie aus. Ihr Argument hierbei war, dass sich eine jegliche Person zuerst als Mitglied der Familie und Gemeinschaft definiere und nicht als ein Individuum: „Das Individuum ist kein unabhängiges oder souveränes Wesen.“²⁷ Diese Ansicht schwächte erheblich die Glaubwürdigkeit von Erklärungen der Partei, die eine Stärkung der Rolle der Frau in der Gesellschaft zum Ziel hatten. Doch ihre ehemalige Sprecherin, Sushma Swaraj, hatte Skeptikerinnen bereits versichern können, dass „das Hausfrauendasein auch eine sehr befriedigende Aufgabe ist“.²⁸ Diese Haltung der Partei, die dem Individuum das Recht absprach, sein Leben selbst zu wählen, fand ihre Fortsetzung in den moralischen Wertvorstellungen. Die ehemalige BJP-Regierung von New Delhi zum Beispiel sah es als notwendig an, Küssen in der Öffentlichkeit verbieten zu lassen. Parteiaktivisten machten des Öfteren Filme zum Objekt von Angriffen, die ihrer Meinung nach zu viel Sex darstellten. Das Manifest der Partei sprach sich daher für die Durchsetzung eines „normativen moralischen Kodexes“²⁹ aus, wobei es u.a. Sex und Gewalt im Kino eingedämmt sehen wollte. Demgegenüber unterstützte die Parteiführung solche populären Filme wie „Hum aapke hai kaun“, die „traditionelle“ Familienwerte in den Vordergrund stellten und förderten.

Die Vorstellung der BJS/BJP von einer organischen Einheit Indiens grenzte klar die politische Basis der Partei in einem gegebenen Zeitraum ein. Das Andere hingegen, das diese Einheit zu bedrohen schien, wurde von ihr abgelehnt und bekämpft. Dieses Herangehen ließ sowohl ihre politische Basis zusammenhalten als auch sich ausdehnen. Im Laufe des Bestehens der Partei wurden hierbei eine Reihe von Fragestellungen aufgebracht. Es wurden die Eindämmung der Migration von Bangladeshis nach Indien und die stärkere Regulierung der Tätigkeit ausländischer Unternehmen, unter dem Vorwand eine „Swadeshi“ (einheimische) Politik zu betreiben, wichtige und immer hervorgebrachte Forderungen. Der Ausbau der Atomindustrie und ein dement-sprechendes Waffenprogramm sollten schließlich diese innere „nationale“ Stärke nach außen betonen. In diesem Zusammenhang erklärte sich die Partei zu einem ausgesprochenen Gegner Pakistans. Sie sah hierbei, wie bereits S.P. Mookerjee zur Gründung der Partei erklärt hatte, die äußere Politik direkt aus der inneren entspringen. Diesen Standpunkt hatte die Partei insbesondere während der 50er und 60er Jahre vertreten. Sie machte ausschließlich die Muslime für „die Teilung des Mutterlandes der Hindus“ verantwortlich und begründete gleichzeitig damit ihr Verhältnis zu Pakistan.

²⁷ *Vote BJP, Vote for a Stable Government, Vote for an Able Prime Minister*, Election Manifesto 1998, Bharatiya Janata Party, New Delhi: BJP Central Office, S.42.

²⁸ „I believe“ (Interview mit S. Swaraj), in: *Savvy*, New Delhi, 12(August 1995)3, S.27.

²⁹ *Vote BJP [...]*, Election Manifesto 1998, a.a.O. (Fußnote 27), S.47-49.

4 Die BJS/BJP als Machtfaktor auf der zentralen Regierungsebene

Die BJP führte eine lang anhaltende innerparteiliche Diskussion über ihren Platz im Parteienspektrum und ihr Verhältnis zu anderen Parteien. Ihre Gründung selbst im Jahre 1980 war Ausdruck eines gescheiterten Versuchs ihres Vorgängers, des BJS, ihre eigene Identität zugunsten der Einheit der oppositionellen Kräfte teilweise aufgeben zu wollen. Das Umdenken, das daraufhin einsetzte, zielte nun darauf, die BJP als alleinige Repräsentanz der oppositionellen Kräfte darzustellen. Eine Zusammenarbeit mit anderen Parteien sollte, wenn überhaupt, nur begrenzt und ohne organisatorischen Zusammenschluss mit ihnen erfolgen. Die BJP ging erstmalig während der Unterhauswahlen 1989 mit anderen zur Kongress in Opposition stehenden nationalen Parteien zusammen. Sie einigten sich darauf, dass in einem Wahlkreis die jeweils stärkste Partei gegen die Kongress kandidierte. Diese Politik des sog. „seat adjustment“ hatte Erfolg, und V.P. Singh, Janata Dal, konnte als neuer Premierminister vereidigt werden. Die BJP selbst nahm an der neuen Regierung aber nicht teil. Sie optierte dafür, die Regierung „von außen“ zu unterstützen. Gleichzeitig trieb sie mittels der Ayodhya-Kampagne die Stärkung der eigenen Basis innerhalb des zur Kongress in Opposition stehenden Lagers voran. Dieses Thema ermöglichte es ihr, sich auf der nationalen Ebene programmatisch eindeutig von allen anderen politischen Strömungen im Land abzusetzen. Als die BJP am 30. Oktober 1990 erstmalig den rechtlichen Status der Babri-Moschee von Ayodhya, der auf der geltenden Verfassung beruhte, angriff, war eine weitere Zusammenarbeit mit anderen nationalen Kräften nicht mehr möglich. Die BJP war nun isoliert.

In den folgenden Jahren bis 1996 betrieb die BJP prinzipiell eine Politik, die darauf zielte, sie zur maßgeblichen Kraft einer nächsten Regierung zu machen. Beim Ausgang der Wahlen 1996 mußte sie jedoch erfahren, dass sie dafür nur über begrenzte Potenziale verfügte. A.B. Vajpayee wurde zwar zunächst als Premierminister vereidigt, jedoch fehlte ihm die notwendige Mehrheit. Am 28. Mai musste er nach nur 13 Tagen im Amt wieder zurücktreten. Diese Erfahrung führte zu einer Änderung der Taktik der Partei. Um die Zusammenarbeit mit anderen politischen Kräften nicht zu gefährden, optierte die BJP daher in den Folgejahren für das „Weglassen“³⁰ bestimmter einzelner Punkte in gemeinsamen Programmen mit diesen Parteien. Zu solchen Fragen gehörte die Verabschiedung eines einheitlichen Zivilgesetzbuches, die Frage der Abschaffung des Artikels 370 der Verfassung Indiens sowie der Bau des

³⁰ Advani, L.K., „A Time of Transition, BJP Enters a new Era“, in: *BJP Today*, New Delhi, 7(1998)7, S.21. (Siehe dazu die in Fußnote 33 angegebene Stelle, wo er des Weiteren aussagte: „Wenn ein Thema (wegen seines) ideologischen Charakters [...] eine Regierungsgewalt in Koalition erschwert, ist es nur angemessen, es wegzulassen.“)

Rama-Tempels von Ayodhya. Diese Tatsache hielt jedoch einzelne politische Führer der BJP nicht davon ab, verschiedene und auch widersprüchliche Erklärungen über deren weitere Bedeutung für die Partei abzugeben.

Koalitionen, Zusammenarbeit und das Schließen von Kompromissen mit anderen Parteien waren für die BJS/BJP kein Novum des Jahres 2000. Angesichts der dominierenden Rolle des Kongresses im politischen System des Landes waren sie für die Partei sogar eine Notwendigkeit gewesen, um sich politischen Einfluss zu sichern und auszudehnen. Historisch gesehen hatte die Erhöhung des Einflusses der Partei innerhalb der Gesellschaft zwei Dimensionen.

Der hauptsächliche Weg war die Ausweitung der eigenen Wählerschaft in den verschiedenen Bevölkerungsgruppen. Während eines langjährigen Prozesses vergrößerte die BJS/BJP in einer Entwicklung ständiger Ausdehnung und Einengung, die ähnlich einer Spirale war, ihre eigene Basis. Dabei bildeten seit dem Tag der Gründung der Partei im Jahre 1951 a) Ideologie und b) Oppositionsrolle und Alternativentwurf die beiden entgegengesetzten Pole dieser Entwicklung. Die ideologische Komponente der Partei hatte sich letztlich stets durchgesetzt, da sie die Wirksamkeit der oppositionell/alternativen bestimmte. Prinzipiell nahm sie während dieses widersprüchlichen Prozesses die Verluste des Kongresses als zentrale Regierungskraft auf. K.N. Govindaracharya, ein bedeutender Parteiarbeiter der BJP, bezeichnete diesen Prozess auch als „Social Engineering“. Gemäß seiner eigenen Aussage, versuchte die BJP „die gesamte Gesellschaft unter (ihre) Gewalt zu bekommen. [...] Verschiedene Methoden, die die Totalität der Gesellschaft umfassten, sollten (somit) einen Prozess der sozialen Transformation in Gang setzen.“³¹ Dieser Prozess hingegen führte auch zu Widersprüchen und Konflikten unter ihrer traditionellen Anhängerschaft. Angesichts der gegebenen unveränderten Sozialstruktur des Landes musste letztlich die BJP so funktionieren wie die Kongresspartei. Folglich kam es innerhalb der Partei zu solchen Erscheinungen, wie Fraktionalismus, Kastendenken und Korruption, die sie vorgab zu beseitigen.

Der zweite Weg der Erhöhung ihres Einflusses in der Gesellschaft gestaltete sich ebenso widersprüchlich. Er war dadurch gekennzeichnet, dass die Partei mit anderen Kräften Koalitionen einging. Wie bereits oben beschrieben, war dieser Schritt äußerst kontroverser Natur, und war geschichtlich mehrmals gescheitert. In ihrer gegenwärtigen Form bestand diese Politik seit dem Jahre 1997. Seit dieser Zeit war die BJP dazu übergegangen, ihr Zusammenwirken mit regionalen Kräften durch Abkommen zu vereinbaren. Als erstes unterzeichnete sie mit der Akali Dal des Punjab ein Common Minimum Programme. Als die Wahlen des Jahres 1998 ebenfalls nicht die notwendigen Stimmen zur Regierungsübernahme erbrachten, wurde nach deren Ausgang am 18. März die Übereinkunft National Agenda for Governance zwischen zunächst

³¹Govindacharya, K.N., Interview mit dem Autor, New Delhi, 10. März 1997.

13 Parteien geschlossen. Gegenüber früheren Beispielen der Zusammenarbeit der BJP mit anderen Parteien, wie innerhalb der Janata Party, bestand in dieser Form ein wesentlicher Unterschied. Keine dieser Parteien konnte die BJP auf nationaler Ebene herausfordern oder gefährden. Denn sie alle waren für sich genommen nur in einer bestimmten Region des Landes präsent. Die Allianzen wurden möglich und notwendig in denjenigen Regionen, in denen der Einfluss der BJP und der des Partners sich gegenseitig ausschlossen. Damit war das Potenzial eines Konfliktes zwischen ihnen auf absehbare Zeit eingeschränkt. Für die regionale Kraft wiederum hatte die Zusammenarbeit mit der BJP bei dem gegebenen Kräfteverhältnis auf nationaler Ebene zwei Vorteile. Die regionale Partei konnte ihre Politik im Zentrum ungleich stärker vertreten und ihr Programm teilweise umsetzen. Für sie gab es in Bezug auf die nationale Politikebene auch deshalb keine Alternative, weil es keine andere nationale Kraft gab, die den Platz der BJP hätte einnehmen können. Andererseits befanden sich die regionalen Parteien auch in Rivalität zu einer anderen politischen Fraktion innerhalb ihrer Region. Die Allianz mit der stärkeren nationalen BJP befähigte sie, sich ihres Gegenspielers zu entledigen. Eine beiderseitig vorhandene Opposition zur Kongress konnte zu einer weiteren gemeinsamen Basis werden. Somit wurden kontroverse Themen zwischen der BJP und der jeweiligen regionalen Partei, obwohl sie oftmals von substantieller Natur waren, beiseite gelegt. Da diese Zusammenarbeit im Charakter „ad hoc“ war, bildete auch sie „[keine] effektive auf Dauer angelegte Struktur“.³² Mehrmals zögerten die Parteien entweder mit ihrer Zusammenarbeit, oder sie kündigten sie wieder auf.

Im Zuge der Wahlen des Jahres 1999 erhöhte sich die Anzahl der Partner der BJP. Der Einfluss der Kongresspartei und anderer nationaler Kräfte hatte weiter abgenommen, und die Position der BJP war gestärkt. Die Zusammenarbeit zwischen der BJP und ihren Partnern wurde weiter ausgedehnt. Organisatorisch schlossen sich die bislang an der Regierung beteiligten Parteien dazu am 15. Mai 1999 zum Wahlbündnis der National Democratic Alliance (NDA) zusammen, und das Regierungsprogramm National Agenda for Governance wurde mit geringfügigen Änderungen zum gemeinsamen Wahlmanifest erklärt. Damit verzichtete die BJP erstmalig wieder auf die Verabschiedung eines eigenen Manifests und übertrug Elemente ihres organisatorischen Zusammenschlusses auf den Machtapparat des Staates, den sie nun zum wesentlichen Teil trug. Für die Partei war dies die Fortsetzung einer Politik, die bereits ein Jahr zuvor eingesetzt hatte. Im Anschluss an die Wahlen 1998 war dazu von ihr der Begriff „Neue BJP“ geprägt worden. Hier hatte die Partei den Schwerpunkt der Politik auf die Bereitstellung und den Erhalt von

³² „Review of the Working of Political Parties specially in relation to Elections and Reform Options. A Consultation Paper“, National Commission to Review the Working of the Constitution, New Delhi, 2000, Paragraph 6.13., in: ncrcw.nic.in/vsncrcw/panel21.htm.

Regierungsgewalt gelegt. Der damalige Parteipräsident, L.K. Advani, hatte dazu erklärt, dass „ein großer Bereich [von ihr] wenig mit Ideologie zu tun hat und [dass] eine gute Herrschaft in den meisten Sphären des nationalen Lebens nur möglich wird, wenn sie deideologisiert und depolitisiert ist“.³³ Die Parteiarbeiter waren dazu aufgefordert worden, „ihre Verantwortungen zu verstehen“.³⁴ Eine umfassende programmatische Diskussion innerhalb der Partei darüber blieb aber aus. Unter den konkreten Bedingungen des Jahres 1999 hatte dieser Schritt vor allem praktische Vorteile. Die in der Regierung zusammengeschlossenen Parteien brauchten im Anschluss an die Wahlen nicht in getrennten Briefen beim Präsidenten Indiens um die Übernahme der Regierungsgeschäfte zu ersuchen, sondern sie sprachen nun mit einer Stimme und konnten somit ihren Ansprüchen auf Bildung der nächsten Regierung Nachdruck verleihen.³⁵

5 Die BJP und die NDA

Die Tatsache, dass die BJP innerhalb der NDA während der Wahlen des Jahres 1999 auf die Verfolgung einer Reihe von Programmpunkten verzichtet hatte, wurde in der öffentlichen Diskussion oftmals dahingehend gewertet, dass die BJP auch ihre Spezifik aufgegeben habe. Die politische Arbeit und Ideologie der BJP wurden jedoch in zweierlei Hinsicht ersichtlich.

Erstens blieb die BJP während der Wahlen 1999 und darüber hinaus organisatorisch und ideologisch eigenständig. Das Manifest des Vorjahres hatte dabei für sie als Partei im Grunde genommen weiterhin Bestand, als sie betonte, dass das Bündnis der NDA „die unvollendet gebliebenen Aufgaben der derzeitigen Regierung erfüllen will“.³⁶ Sie betrachtete somit die nächste Legislaturperiode als bloße Fortsetzung der vorherigen. In diese war sie jedoch mit einem eigenen Manifest gegangen. Dieses Manifest hatte zwar die Zusammenarbeit mit Partnern in einer zu bildenden Regierung erwähnt, jedoch leitete es die positive Wahl für die BJP aus ihrem Charakter und ihrer Philosophie ab. Die Partei hatte damals unterstrichen, dass „Hindutva [kultureller Nationalismus] den Kern und die ideologische Säule der BJP bildet“. Eingebettet in diese ideologische Sichtweise hatte die Partei ihre politischen Ziele präsentiert. Dazu gehörte auch die Unterstützung der Bewegung für den Bau

³³ Advani, L.K., a.a.O. (Fußnote 30), S.20.

³⁴ Siehe: „BJP as Ruling Party, Political Resolution, National Council Meeting, Gandhinagar, May 3-4, 1998“, in: *BJP Today*, New Delhi, 7(1998)8-9, S.38-41.

³⁵ siehe hierzu: „BJP's unity concept to get formal shape on May 15“, in: *The Hindustan Times*, New Delhi, LXXV(1999-5-8)=126, S.12. Bis zum März 2001 hatten bereits zwei Parteien, die Pattali Makkal Katchi von Tamil Nadu und der Trinamool Congress von Westbengalen, die NDA wieder verlassen.

³⁶ „For A Proud And Resurgent India, Vote Vajpayee, Political Resolution, National Executive, 1-2.5.1999“, in: *BJP Today*, New Delhi 8(1999)10, S.20-21.

eines Rama-Tempels in Ayodhya, die gemäß dieses Wahlmanifestes „die desorientierte politische Ordnung in Indien neu orientierte und die Grundlage des kulturellen Nationalismus stärkte“.³⁷

Die BJP unterstrich erstmalig nach den Wahlen des Jahres 1999 im Dezember desselben Jahres wieder ihren eigenständigen ideologischen Charakter. Grundlage der weiteren Parteiarbeit der nächsten Jahre bildete nun die Deklaration von Chennai, die auf der Nationalexecutive der Partei verabschiedet wurde. Alle Mitglieder der Partei wurden hierin zum Studium der ideologischen Grundlagen der Partei verpflichtet. Die Schriften von Upadhyaya sollten ein „holistisches Verständnis der Nationsbildung und des Platzes von Politik und Herrschaft in diesem Bemühen“³⁸ vermitteln. Im Sommer 2000 betonte der neu gewählte Präsident der BJP, B. Laxman, die Rolle der Ideologie, die sie angeblich bei der Wahrung von Disziplin spiele.³⁹ Er selbst musste jedoch bereits nach einem halben Jahr wegen Bestechlichkeit vom Amt zurücktreten.

Zweitens spiegelten sich auch im Programm und der Politik des Bündnisses, das diese als zentrale Kraft trug, ihre Ideologie und Programmatik wider. Die BJP hatte stets Hauptaugenmerk auf Aspekte der inneren und äußeren Sicherheit des Landes gelegt. Die Regierung gab nun der „Sicherheit oberste Priorität“⁴⁰ und beabsichtigte, ein „Indien ohne Terrorismus zu schaffen“.⁴¹ Die Partei setzte hier ihre vereinheitlichende Sichtweise auf Indien, die im Anderen und in dessen Opposition die Ursache von „separatistischen politischen Bewegungen“ sah, in konkrete Regierungspolitik um. Ihr langjähriger Präsident, L.K. Advani, übernahm das Ressort des Innenministeriums und bekräftigte, dass „seine Regierung entschlossen war, die Sicherheit Indiens zu stärken, die über die Jahre lasch geworden war“.⁴² Folglich bildete die Situation in Jammu und Kaschmir sowie im Nordosten des Landes, wo eine Reihe neuer politischer Maßnahmen eingeleitet wurden, einen Schwerpunkt ihrer Arbeit der ersten drei Jahre. Im Frühjahr 2000 stellte die Law Commission ihren Bericht zum Antiterrorismus-Gesetz vor, das die nun herrschende Auffassung über die Sicherheitslage des Landes widerspiegelte. Die Errichtung

³⁷ *Vote BJP [...]*, Election Manifesto 1998, a.a.O. (Fußnote 27), S.4.

³⁸ *21st Century – India's Century*, Chennai Declaration, New Delhi: Bharatiya Janata Party, 2000, S.7.

³⁹ Siehe Presidential Address, National Council Meeting, Bharatiya Janata Party, Nagpur, 26-28. 8. 2000, in: *BJP Today*, New Delhi, 9(2000)18, S.30.

⁴⁰ „Congress Cannot Be Trusted. BJP Represents Bharat's Ethos. Central Statement (Assembly Elections, 1998)“, in: *BJP Today*, New Delhi, 7(1998)22-23, S.5.

⁴¹ „Wir sind verpflichtet, die Sicherheit aller Bürger in allen Teilen des Landes zu gewährleisten. Zur Erreichung dieses Ziels werden wir wirksame Schritte zur Schaffung einer Ordnung ohne Unruhen und eines Indien ohne Terrorismus einleiten.“ National Agenda For Governance (New Delhi, 1998), S.7.

⁴² „I-cards proposed by Govt: Advani“, in: *The Indian Express*, New Delhi, LXVI(1998-4-3)=142, S.3.

eines Nationalen Sicherheitsrates erfolgte, um die „Bedrohungen der Nation zu analysieren“. ⁴³

Eine deutliche Abkehr von ihren Vorgängern aber vollzog die von der BJP geführte Regierung bei der Frage der Nuklearpolitik. Bereits innerhalb der ersten zwei Monate ihres Bestehens verabschiedete sie die dementsprechende Politik und ließ am 11. Mai 1998 drei Nukleartests durchführen. Sie wurden nun als der „erste Schritt eines neuen Indien, das im Entstehen war,“ ⁴⁴ angesehen. Die Tests waren „in Übereinstimmung mit dem Wahlprogramm der BJP“, ⁴⁵ und die Partei feierte sie als einen „Moment des Stolzes“. Der Generalsekretär der Partei bezeichnete die Tests als „unsere Entscheidung“. ⁴⁶ Sie waren für die Partei „ein mutiger und entschlossener Schritt in die richtige Richtung, sich den Sicherheitsanliegen, die zwei Jahrzehnte lang vernachlässigt wurden, zu widmen“. ⁴⁷

Die Ideologie der BJP war zum tragenden Teil Handlungsrichtschnur der Regierung geworden. Dieser Umstand zeigte sich ebenfalls im Falle der sog. „strittigen Themen“. ⁴⁸ Das Wahlprogramm der NDA hatte über sie zwar „ein Moratorium“ ⁴⁹ verhängt, aber ein Umweg führte sie in dasselbe Dokument wieder ein. Unter der Überschrift „Authentischer Säkularismus“ versicherte die Regierungskoalition, das „Konzept des Säkularismus wahrhaft und authentisch aufrechtzuerhalten und zu praktizieren“. Die Wahl der Worte entsprach im Ausdruck den Dokumenten der BJP und bildete den theoretischen Rahmen für die konkreten Forderungen zu den oben erwähnten Themen. Somit wurde ein Paragraph zum Schutz der Kuh ins Programm der Regierung aufgenommen. Die Wirtschaftspolitik sollte somit ebenfalls streng „Swadeshi“ (einheimisch) orientiert sein, wobei jedoch darunter keine Abkapselung Indiens von der Weltwirtschaft verstanden wurde. ⁵⁰

⁴³National Agenda For Governance (New Delhi, 1998), S.6.

⁴⁴Sinha, Y., „Swadeshi again comes to the forefront. Union Budget '98-99 Speech“, in: *The Economic Times*, New Delhi, 38(1998-6-2)=77, I.

⁴⁵„Nuclear Tests Prove Government's Commitment To India's Security“, Statement issued by K. Thakre, in: *BJP Today*, New Delhi, 7(1998)8-9, S.8; siehe zu den politischen Umständen zur Zeit der Nukleartests auch: Schied, M., „The Bharatiya Janata Party's (BJP) role in India's nuclear tests: Ideological and Domestic Compulsions“, in: Jain, B.M./Hexamer, Eva-Maria (Hrsg.), *Nuclearisation in South Asia: Reactions and Responses*, Jaipur/Delhi: Rawal Publ. 1999, S.163-179.

⁴⁶Naidu, M.V., „Good Governance, First 100 Days“, in: *BJP Today*, New Delhi, 7(1998)14, S. 7.

⁴⁷„Pokhran-II A Decisive Step. N-Tests Resolution. BJP, National Executive Meeting, 21-23 August 1998“, in: *BJP Today*, New Delhi, 7(1998)17, S.17.

⁴⁸Darunter wurden der Bau des Rama-Tempels in Ayodhya, die Verabschiedung eines einheitlichen Zivilgesetzbuches und die Abschaffung des Artikels 370 der Verfassung (Jammu und Kaschmir) verstanden.

⁴⁹*For A Proud, Prosperous India. An Agenda*, National Democratic Alliance Election Manifesto, 1999, New Delhi: Bharatiya Janata Party (1999), S.3.

⁵⁰Regierungsvertreter betonten des Öfteren, dass „swadeshi“ kein statisches Konzept sei. Es hieße vor allem, dass „Indien von Indern errichtet werden soll“. Das Manifest der BJP

Unterstützt wurden diese Forderungen von der Ankündigung, eine Kommission einzusetzen, die die Verfassung einer Revision unterziehen soll (nachstehend: Kommission). Bereits in früherer Zeit hatten Politiker der BJP „tiefgreifende systematische Veränderung in der Struktur der Regierungsgewalt“⁵¹ angemahnt. Das Wahlprogramm der Partei des Jahres 1998 hatte schließlich diese Forderung aufgegriffen.

6 Die National Commission to Review the Working of the Constitution

Die Nationale Kommission traf sich zu ihrer ersten Sitzung am 23. März 2000. Insgesamt umfasste sie mit ihrem Vorsitzenden, dem ehemaligen Präsidenten des Obersten Gerichts, M.N. Venkatachellaiah, elf Mitglieder. Die Arbeit der Kommission wurde in zehn Ausschüsse eingeteilt, die jeweils für die Bearbeitung einer bestimmten Thematik zuständig waren.⁵² Jedes Mitglied der Kommission zeichnete für die Arbeit eines der Ausschüsse, die sich aus weiteren ausgewiesenen Fachleuten zusammensetzten, verantwortlich. Die Ausschüsse erarbeiteten Papiere zur Konsultation und dazu gehörige Fragenkataloge zu Problemen, für die sie zuständig waren. Sie sollten die Grundlage für die Diskussion im Lande bilden, wozu die Öffentlichkeit dann eingeladen wurde.

Als die Regierung ihre Absichten zur Einsetzung der Kommission veröffentlichte, entbrannte zugleich eine heftige politische Diskussion über deren Ziele und Einfluss. Die Opposition ließ Zweifel an deren Absicht laut werden. Tatsächlich sah sie in ihr einen Versuch der BJP, ein Programm, das noch im Verborgenen gehalten wurde, auszuführen. Kritisiert wurde so u.a., dass die Kommission durch einen Erlass der Regierung und nicht durch einen Beschluss des Parlaments einberufen wurde. Der ehemalige Premierminister, V.P. Singh, sagte hierzu, dass „Reformen in der Verfassung durch ein repräsentatives Gremium von politischen Parteien und nicht durch Rechtsexperten herbeigeführt werden sollten. Niemand kann die politischen Repräsentanten

des Jahres 1998 sagte hierzu aus: „Indien muss sich behutsam und allmählich hin auf eine Integration in die Weltwirtschaft bewegen.“ *Vote BJP [...]*, Election Manifesto 1998, a.a.O. (Fußnote 27), S.11.

⁵¹Vajpayee, A.B., „Need for systematic change in governing structures“, in: *The Pioneer*, New Delhi, 6(1996-11-21)=321, S.8.

⁵²Die zehn Ausschüsse waren wie folgt: I. Institutionen der parlamentarischen Demokratie, II. Wahlreform, III. Sozialökonomischer Wandel, IV. Alphabetisierung und soziale Sicherheit, V. Beziehungen zwischen Union und Staaten, VI. Dezentralisierung, VII. Grundrechte, VIII. Grundlegende Pflichten, IX. Ziele der Präambel der Verfassung, X. Finanzpolitik. Siehe zur konkreten Arbeit der Kommission ihre Webseite: ncrc.nic.in.

bei solch einer großen Aufgabe umgehen. [...] [Dies ist] undemokratisch.“⁵³ Das Working Committee der Kongresspartei veröffentlichte eine ähnlich lautende Erklärung.⁵⁴ Führer der Kongress verwiesen so auf bereits vorliegende Berichte und Reformvorschläge, die „nur ausgeführt zu werden brauchten“.⁵⁵ Der Sprecher der Kongress, Ajit Jogi, kündigte schließlich einen Boykott ähnlich der Simon Commission im Jahre 1928 an.⁵⁶ V.P. Singh forderte die unverzügliche Auflösung der Kommission.⁵⁷

Die BJP wie auch die Regierung versuchten zunächst, die Bedeutung der Kommission herabzusetzen. Die BJP verwies so auf die Tatsache, dass der Großteil der 79 Verfassungsergänzungen seit 1950 während der Machtzeit der Kongresspartei eingebracht worden war. Jede Ergänzung aber, so lautete die Argumentation ihres Generalsekretärs, „bedeutete eine Revision“.⁵⁸ Der Vorsitzende der Kommission bezeichnete folglich die Arbeit als „akademisch. [...] Die Kommission ist nicht berechtigt, Veränderungen in der Verfassung herbeizuführen.“⁵⁹

In den vorhergehenden Jahren hatten Führer der BJP vor allem für einen Wandel zum Präsidialsystem plädiert, da sich ihrer Meinung nach das parlamentarische System nicht bewährt habe.⁶⁰ Der Präsident Indiens, K.R. Narayanan, sah sich nun gezwungen, die parlamentarische Demokratie als eine „bewusste und wohlgedachte Wahl der verfassungsgebenden Versammlung“⁶¹ zu verteidigen. Er stellte diesbezüglich die Frage, ob „wir“ oder „die Verfassung“ für Misserfolge verantwortlich zu machen seien. Schließlich musste die Regierung tatsächlich die Bestimmungen für den Arbeitsumfang der Kommission begrenzen. In den Richtlinien der Kommission wurde festgelegt, dass sowohl die grundlegende Struktur der Verfassung als auch die parlamenta-

⁵³ „Mulayam, V.P. vow to oppose BJP move“, in: *The Asian Age*, New Delhi, 6(2000-2-1), S.2; „Statute review no solution“, in: *The Times of India*, New Delhi, CLXIII(2000-2-1)=27, S.9.

⁵⁴ Treffen des Congress Working Committee am 3.2.2000. „No bypassing of parties in statute review: Congress“, in: *The Times of India*, New Delhi, CLXIII(2000-2-4)= 30, S.1.

⁵⁵ „Legitimacy of statute review questioned“, in: *The Hindustan Times*, New Delhi, LXXVI(2000-1-29)=29, S.14.

⁵⁶ „Statute review an insult to Ambedkar: Cong“, in: *The Hindustan Times*, New Delhi, LXXVI(2000-6-24)=173, S.9.

⁵⁷ Siehe: „Statute cannot be reviewed: V.P. Singh“, in: *The Hindu* (online edition), (2000-12-12), in: www.indiaserver.com/thehindu/2000/12/12/stories/0212000f.htm.

⁵⁸ Naidu, M.V., Official Statement, in: *BJP Today*, New Delhi, 9(2000)4, S.7.

⁵⁹ „Only the people's representatives can change the constitution. Our work is academic“, Interview mit M.N. Venkatachaliah, in: *The Hindustan Times*, New Delhi, LXXVI(2000-2-6)=37, S.16.

⁶⁰ Die beiden wichtigsten Beiträge in der Vergangenheit waren hierzu: Vajpayee, A.B., „Need for systematic change in governing structures“, in: *The Pioneer*, New Delhi, 6(1996-11-21+22)=321+322, S. 8+8 und Advani, L.K., „Throw new light“, in: *The Pioneer*, New Delhi, 8(1998-7-17)=197, S.9.

⁶¹ Narayanan, K.R., „Address To The Nation On the Occasion of the 50th Anniversary of the Republic of India, New Delhi, 27 January 2000“, in: alfa.nic.in/rb/rbparl2k.htm.

rische Demokratie von der Revision nicht betroffen sein werden.⁶² Die BJP ging zunächst auf diesen politischen Kurs während der Tagung der National-exekutive der Partei im April 2000 im Rahmen der „politischen Resolution“ ein. In einer widersprüchlichen Erklärung plädierte sie für eine „Stärkung der demokratischen Institutionen“ und befand nun, dass „parlamentarische Demokratie, förderale Struktur, Grundrechte und gerichtliche Unabhängigkeit, die u.a. die Grundstruktur der Verfassung Indiens bilden, der Nation gut gedient haben“.⁶³

Die Kommission sah es zunächst als ihre hauptsächliche Aufgabe, über die Konsultationspapiere der verschiedenen Ausschüsse zu beraten und für deren „Einheitlichkeit und holistische Sichtweise“⁶⁴ zu garantieren. Im März 2001 warteten jedoch der Großteil von ihnen noch auf die Veröffentlichung. Die Kommission hatte somit bereits ihr vorgegebenes zeitliches Mandat von einem Jahr überschritten. Bis dahin zeigte die Kommission eine gewisse Voreingenommenheit in Bezug auf die Ansichten der herrschenden Regierungspartei, der BJP. Dieser Umstand war auf deren personelle Zusammensetzung zurückzuführen. Die vorliegenden Papiere der Kommission wurden vielfach den Ergebnissen des Vohra-Komitees vom Jahre 1993 zugrunde gelegt. Diese hatten auch in der Argumentation der BJP eine besondere Rolle gespielt.⁶⁵ Die vorherigen Regierungen waren der Arbeit des Vohra-Komitees hingegen nicht gefolgt. Sie befanden, dass die gültige Verfassung dafür keinen Handlungsrahmen bot.

7 Abschließende Bemerkungen

Der moderne indische Staat durchlief seit dem Beginn der 90er Jahre eine bedeutende Phase seiner Entwicklung. Die Einsetzung der Kommission im Jahre 2000 spiegelte exakt diese Situation wider, die durch den Niedergang staatlicher und politischer Institutionen verursacht worden war. Die politisch tragenden Schichten hatten sich seit den 70er Jahren nicht fähig erwiesen, die

⁶²Gesamter Text der Richtlinien im englischsprachigen Original: „The Commission shall examine, in the light of the experience of the past 50 years, as to how best the Constitution can respond to the changing needs of efficient, smooth and effective system of governance and socio-economic development of modern India within the framework of Parliamentary democracy and to recommend changes, if any, that are required in the provisions of the Constitution without interfering with its basic structure or features.“ No. A-45012(2)/98-Admn.III(LA) dated 22.2.2000 (resolution), in: ncrwc.nic.in.

⁶³„Political Resolution, National Executive, New Delhi, 15&16 April 2000“, in: *BJP Today*, New Delhi, 9(2000)9, S.30.

⁶⁴Press note, 8 July 2000, Third meeting of the Commission, in: ncrwc.nic.in.

⁶⁵Government of India, Ministry of Home Affairs, Vohra Committee Report, 5.10.1993, 12 S., N.N. Vohra war damaliger Staatssekretär für Inneres. Sein Bericht wurde äußerst kontrovers aufgenommen, hatte er doch behauptet, dass „die Mafia [...] den Staatsapparat in die Bedeutungslosigkeit treibt“.

sich in der Gesellschaft vollziehenden Entwicklungen aufzugreifen. Der Staat war insuffizient geworden, politische Themen, soziale Probleme und Konflikte zu lösen und Macht innerhalb seines Rahmens zu repräsentieren und zu verteilen. Somit sank in der Folgezeit seine Basis, und gesellschaftliche Kräfte kanalsierten sich in Opposition zu ihm. An der Oberfläche der Gesellschaft zeigte sich dieser Prozess u.a. in einer wachsenden Fragmentierung der Kräfte. Der Einfluss von Parteien und Organisationen, die ihre Basis in Religion, Sprache, Kaste und Ethnie suchten, nahm zu und führte den indischen Staat zur teilweisen Handlungsunfähigkeit. Die Kommission wurde aus diesem Grund zum Zentrum des Machtkampfes im indischen Staat.

Das Anwachsen der BJP in diesem historischen Prozess war widersprüchlich. Es war sowohl Ausdruck und Widerspiegelung dieser gesellschaftlichen und politischen Krise als auch deren Lösung. Die BJP und ihre Gründungs- und Kaderorganisation, der Rastriya Swayamsevak Sangh, waren prinzipiell die hauptsächlichen politischen Kräfte, die den folgenden notwendigen Wandel nun trugen und die dementsprechenden politischen Maßnahmen einleiteten. Diese Maßnahmen sind daher im Zusammenhang mit ihren Zielen und ihrer Vergangenheit zu betrachten. Zu den bedeutendsten gehörten das Engagement beider Organisationen für den Bau eines Rama-Tempels in Ayodhya, was zur Zerstörung der Babri-Moschee im Jahre 1992 führte und die Umorientierung im indischen Nationalismus einleitete, die Nukleartests im Mai 1998, die die Sicherheitsdoktrin des indischen Staates neu bewertete, sowie die Einsetzung der Nationalen Verfassungskommission, die die Autorität des Staates und die Hoheit über sich selbst wieder herstellen soll.

Die BJP sah die Kommission als ein Gremium an, das die Stabilität des Staates im Ganzen gemäß ihrer Vorstellungen bewirken und die tragende Rolle der BJP in diesem Prozess gewährleisten sollte. Keine Kraft konnte ihr zu diesem Zeitpunkt diese politische Stellung streitig machen und sie herausfordern. Die Partei befand sich historisch in einer politisch einzigartigen Position. Folglich nutzte sie diese. Vorläufiger Höhepunkt dieser Entwicklung war die öffentliche Erklärung von A.B. Vajpayee am 6. Dezember 2000. Erstmals in der Geschichte hatte ein Premierminister des Landes den Hindunationalismus quasi zur Staatsdoktrin erhoben, als er die Ayodhya-Bewegung als „einen Ausdruck nationaler Gefühle, der noch verwirklicht werden muss,“⁶⁶ bezeichnete.

Die BJP schuldete die führende Position in der Regierung jedoch nur bedingt ihrer besonderen Leistung. Denn vor allem ermangelte es der nationalen Opposition an konzeptionellen Überlegungen. Tatsächlich waren die Vorstellungen der BJP über eine Entwicklung der Gesellschaft beschränkt und stießen auf objektive Grenzen. Ihre Ideologie verursachte Konflikte und befriedete sie nicht. Die Partei bot daher langfristig gesehen keine Lösung der

⁶⁶ „Ayodhya mission yet to be realised: Vajpayee“, in: *The Hindustan Times*, New Delhi, LXXVI(2000-12-7)=338, S.1.

indischen Frage an. Themen, die sie so aufgebracht hatte, hatten für das staatliche Gesamtgefüge bereits weit reichende Folgen gehabt. Die Zerstörung der Babri-Moschee von Ayodhya, die die Rechtsordnung der geltenden Verfassung missachtete und außer Kraft setzte, hatte eine gewalttätige Erschütterung in der Gesellschaft hervorgerufen.

Die BJP selbst stellte kein umfassendes Konzept zur Gestaltung der Verfassung vor. Sie verhielt sich in dieser Frage äußerst widersprüchlich, was ihrer Zusammensetzung und Basis als nationaler Partei geschuldet war. Die mit ihr ideologisch verbundenen Organisationen äußerten sich hingegen von Zeit zu Zeit diesbezüglich. Swami Muktanand Saraswati vom Vishwa Hindu Parishad (VHP) erarbeitete erstmalig Vorstellungen seiner Organisation im Jahre 1993.⁶⁷ Sie wurden zu den Wahlen des Jahres 1998 und 1999 in einem Katalog von 40 Forderungen präsentiert, die dem indischen Staat eine hinduistisch ideologisierte Gestalt verleihen sollten.⁶⁸ Der RSS kritisierte die Verfassung als nicht „Bharatiya“. Er sprach sich so u.a. für ein parteiloses System von Dorf- und Ständeräten aus.⁶⁹ Ein von der Organisation im Jahre 1988 unterstütztes Seminar entwickelte ein System von „Wächtern“,⁷⁰ die die Gesellschaft von der nationalen bis zur lokalen Ebene repräsentieren sollten. Im Idealfall betrachtete der RSS „das existierende Netzwerk (der) ‚Shakhas‘ als die Infrastruktur der [...] Nation“.⁷¹

Führer der BJP plädierten im Rahmen des Kräfteverhältnisses der Zeit für eine feste Amtsperiode der Regierung, die ähnlich dem in Deutschland geltenden Recht nur durch ein „konstruktives Misstrauensvotum“⁷² aufgehoben

⁶⁷Siehe: Sikand, Y., „Manusmriti versus the Constitution“, in: *The Weekend Observer*, New Delhi, II(1993-3-13)=9, S.11, sowie *Mainstream*, New Delhi, XXXI(1993-4-17)23, S.15-18; „Sants blame Constitution“, in: *The Times of India*, New Delhi, CLV(1992-12-26)=305, S.1. Der VHP ist eine Organisation des RSS, die verschiedene religiöse Strömungen im Hinduismus auf der Basis der Ideologie des RSS zusammenführt.

⁶⁸Siehe: Vishva Hindu Parishad, „Points of Hindu Agenda, 1997“, in: www.vhp.org/f.Hindu_Agenda/HinduAgenda_E.htm; zur Wahlaussage des VHP 1999 siehe: „VHP to only back BJP nominees“, in: *The Hindustan Times*, New Delhi, LXXV(1999-8-21)=229, S.12.

⁶⁹„Any government will have to accept our thinking“, Interview mit K.S. Sudarshan, in: *Outlook*, New Delhi, XL(2000-3-27)11, S.28-29; siehe auch Golwalkar, M.S., *Bunch of Thoughts*, Bangalore: Jagarana Prakashana, (second edition) 1980, S. 38-39.

⁷⁰Thengadi, D.B., *Third Way*, New Delhi: Janaki Prakashan, 1985, S.146. Dieses System ähnelte dem System, das der pakistanische Militärherrscher Ayub Khan in den 60er Jahren aufgebaut hatte. Der Präsident, K.R. Narayanan, kritisierte derartige Überlegungen in seiner Ansprache zum Tag der Republik am 25. Januar 2001, in: [parliamentof-india.nic.in/rb/rday/r2001\(2\).htm](http://parliamentof-india.nic.in/rb/rday/r2001(2).htm).

⁷¹Thengadi, D.B., „Integral Humanist“, in: Raje, S. (Hrsg.), *Pandit Deendayal Upadhyaya. A Profile*, New Delhi: Deendayal Research Institute, 1972, S.48. Ein „Shakha“ stellt die kleinste Organisationseinheit der Mitglieder des RSS dar, in dem sie sich mehrmals täglich oder wöchentlich treffen.

⁷²Siehe Artikel 67(1) des Grundgesetzes: „Der Bundestag kann dem Bundeskanzler das Misstrauen nur dadurch aussprechen, dass er mit der Mehrheit seiner Mitglieder einen Nachfolger wählt [...]“.“

werden kann.⁷³ Die anderen in der Koalition der NDA zusammengeschlossenen Parteien erhofften sich durch die Arbeit der Kommission ebenfalls eine Sicherung der Macht und einen Abbau der unitären Strukturen des indischen Staates, wie sie etwa in Artikel 356 der Verfassung⁷⁴ einen Ausdruck gefunden haben.

Jede dieser Veränderungen hob die Züge der Gesellschaft, die sie charakterisierten, nicht auf. Damit wurde eine jede Maßnahme wieder überflüssig und wurde durch eine weitere ersetzt. Dies war umso mehr der Fall, als die Arbeit der Kommission nicht auf der Übereinstimmung gesellschaftlicher Kräfte beruhte.

Der Ausgang des Wirkens der Kommission war offen und ließ die in der Überschrift gestellte Frage nicht eindeutig beantworten. Die Ausarbeitung einer neuen Verfassung stand für die Kommission selbst nicht an. Der Chef des RSS unterstrich diese Tatsache ebenfalls und meinte, dass sich „dieser Frage besser gewidmet werden kann, nachdem die Kommission ihre Empfehlungen vorgestellt hat“.⁷⁵ Jedoch warf die Tätigkeit der Kommission Fragen zum Charakter möglicher Veränderungen in der Verfassung auf. Sie musste daher weiter eingehend analysiert werden. Das von der Regierung bereits vorgelegte Gesetz zur Bekämpfung des Terrorismus bot dazu den ersten Ansatz. Es würde bei Inkrafttreten zur Beschneidung von Grundrechten führen.

⁷³Siehe „LS should have fixed term: Vajpayee“, in: *The Hindustan Times*, New Delhi, LXXV(1999-8-9)=217, S.1; Krishnamurthi, J., Press Statements, in: *BJP Today*, New Delhi, 10(2001)4, S.14, sowie: *For A Proud [...]*, NDA Election Manifesto, 1999, a.a.O. (Fußnote 49), S.7.

⁷⁴Artikel 356 ermöglicht die Amtsenthebung der Regierung eines Unionsstaates und ihre direkte Herrschaft durch den Präsidenten Indiens, wenn „eine Situation entstanden ist, in der die Regierung des Staates nicht in Übereinstimmung mit den Bestimmungen der Verfassung geführt werden kann“.

⁷⁵„The review committee will examine whether parliamentary democracy needs changes“, Interview mit K.S. Sudarshan, in: *The Hindustan Times*, New Delhi, LXXVI(2000-2-20)=51, S.16.

Werner Draguhn (Hrsg.)

Indien 2001

**Politik
Wirtschaft
Gesellschaft**

Redaktioneller Beirat:

Prof. Dr. Michael von Hauff
Prof. Dr. Dietmar Rothermund
Dr. Christian Wagner

Beiträge von:

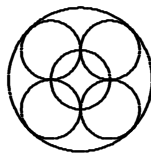
Joachim Betz	Citha D. Maaß
Jagdish P. Bhati	Sonja Majumder
Elfriede Bierbrauer	Nina V. Michaelis
Dirk Bronger	Joachim Oesterheld
Jona Dohrmann	Helmut Reifeld
Alexander Fischer	Hans Christoph Rieger
Sushila Gosalia	Dietmar Rothermund
Michael von Hauff	Michael Schied
Heinrich Kreft	Ralf Schmid
Claudia Kruchten-Weinrich	Christian Wagner
Beate Kruse	Martin Z. Wilderer
Jürgen Lütt	Wolfgang-Peter Zingel



INSTITUT FÜR ASIENKUNDE
HAMBURG

Manuskriptbearbeitung: Vera Rathje
Satz und Textgestaltung in L^AT_EX auf Linux: Ruth Cordes, Wiebke Timpe
Gesamtherstellung: Zeitgemäßer Druck CALLING P.O.D., Hamburg

ISSN 1436-1841
ISBN 3-88910-267-0
Copyright Institut für Asienkunde
Hamburg 2001



VERBUND STIFTUNG
DEUTSCHES ÜBERSEE-INSTITUT

Das Institut für Asienkunde bildet zusammen mit dem Institut für Allgemeine Überseeforschung, dem Institut für Afrika-Kunde, dem Institut für Iberoamerika-Kunde und dem Deutschen Orient-Institut den Verbund der Stiftung Deutsches Übersee-Institut in Hamburg.

Aufgabe des Instituts für Asienkunde ist die gegenwartsbezogene Beobachtung und wissenschaftliche Untersuchung der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen in Asien.

Das Institut für Asienkunde ist bemüht, in seinen Publikationen verschiedene Meinungen zu Wort kommen zu lassen, die jedoch grundsätzlich die Auffassung des jeweiligen Autors und nicht unbedingt die des Instituts darstellen.

Alle Publikationen des Instituts für Asienkunde werden mit Schlagwörtern und Abstracts versehen und in die Literaturdatenbank des Fachinformationsverbundes Internationale Beziehungen und Länderkunde eingegeben.

Anfragen zur Asien-Literatur richten Sie bitte an die Übersee-Dokumentation (Tel.: (040) 42834 598 - Fax: (040) 42834 512).